

ZYPERN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit einem griechischen Putsch und der darauffolgenden türkischen Invasion im Jahr 1974 ist die Insel Zypern in zwei Teile geteilt. Die griechisch-zypriotische Volksgruppe lebt südlich der Demarkationslinie in der international anerkannten Republik Zypern. Die türkischen Zyprioten hingegen leben im Norden, in der international nicht anerkannten »Türkischen Republik Nordzypern« (TRNZ).¹

Der völlige Stillstand in den Verhandlungen zur Lösung des Zypernproblems setzte sich auch in den Jahren 2023 und 2024 fort. Diese Situation besteht bereits seit dem Scheitern der letzten Verhandlungsrunde zur Wiedervereinigung der Insel auf einer internationalen Konferenz im Juli 2017 in Crans-Montana, Schweiz.

Die Forderung der Türkei und des türkisch-zypriotischen Volksgruppenführers Ersin Tatar nach Anerkennung der souveränen Gleichheit und des gleichberechtigten internationalen Status der TRNZ als Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen bleibt das Haupthindernis. Diese Position widerspricht dem international anerkannten Rahmen einer bizonalen, bikommunalen Föderation als Lösung. Der griechisch-zypriotische Präsident Nikos Christodoulidis forderte eine verstärkte Einbindung der EU zur Überwindung der Blockade; die türkische Seite lehnt dies jedoch ab. Gleichzeitig unter-

stützt Präsident Christodoulidis zwar offiziell Verhandlungen im Rahmen einer bizonalen, bikommunalen Föderation, seine Glaubwürdigkeit wird jedoch infrage gestellt – nicht zuletzt aufgrund seiner früheren harten Positionen in der Zypernfrage und seiner Unterstützung durch Parteien, die für ihre kompromisslose Haltung bekannt sind.

Im Oktober 2020 öffneten die türkisch-zypriotischen Behörden einseitig Teile von Varosha, einem seit 1974 unbewohnten und zuvor vom türkischen Militär verwalteten, abgeriegelten Vorort von Famagusta. Dieser Schritt, der gegen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats verstößt, wurde von der internationalen Gemeinschaft scharf verurteilt, da er die Kontrolle über das Gebiet den türkisch-zypriotischen Behörden übertrug. Die Türkei erklärte, sie werde die Rückkehr griechisch-zypriotischer Eigentümer erlauben, sofern diese von der Immobile Property Commission (IPC) im Norden anerkannt würden. Bis Ende 2024 waren 3,5 Prozent des Gebiets geöffnet, jedoch war noch kein Bewohner zurückgekehrt.

Weitere Spannungen entstanden 2023 durch den Plan der türkischen Zyprioten, eine Straße zu bauen, die Arsos/Yığıtler mit Pyla/Pile verbindet – einem gemischten Dorf in der UN-Pufferzone. UN-Friedenstruppen, die versuchten, die nicht genehmigten Bauarbeiten zu stoppen, wurden physisch angegriffen; dabei wurden drei Personen verletzt. Der Vorfall löste scharfe Kritik seitens der UN und der EU aus, während die Türkei die türkisch-zypriotische Haltung unterstützte. Ein von den UN vermittelter Kompromiss erlaubte sowohl den Straßenbau als auch griechisch-zypriotische Entwicklungsprojekte unter Aufsicht der United Nations Peacekeeping Force in Cyprus (UNFICYP, dt.: Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern). Im November 2023 kamen die Arbeiten jedoch erneut zum Erliegen, da es zu neuen Einwänden kam und die Verhandlungen weiterliefen.

Ende 2023 akzeptierte der türkisch-zypriotische Führer Ersin Tatar die Ernennung von María Ángela Holguín Cuéllar zur persönlichen Gesandten des UN-Generalsekretärs. Zwar führte sie Einzelgespräche mit beiden Seiten und schlug ein trilate-

¹ Die »Türkische Republik Nordzypern (TRNZ)« wird nur von der Republik Türkei anerkannt. Für die Türkei und die türkischen Zypriot_innen ist Ersin Tatar der Präsident der Türkischen Republik Nordzypern, während die internationale Gemeinschaft ihn als das kommunale Oberhaupt der türkischen Zypriot_innen betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international weiterhin als die Regierung der gesamten Insel anerkannt ist, gilt die gesamte Insel nun als Mitglied der Europäischen Union. Allerdings ist der *Acquis communautaire* in Nordzypern bis zu einer politischen Lösung des Zypernproblems ausgesetzt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrags).

rales Treffen vor, dieses wurde jedoch von Tatar abgelehnt. Holguíns Mandat wurde über die ursprünglich festgelegte sechsmonatige Laufzeit hinaus nicht verlängert; in ihrem Bericht vom Juli 2024 kam sie zu dem Schluss, dass die beiden Seiten weiterhin weit von einer Einigung entfernt seien. UN-Generalsekretär António Guterres äußerte zudem Besorgnis über die zunehmende Militarisierung der Pufferzone und warnte, dies gefährde das Mandat der UNFICYP.

Im Oktober 2024 veranstaltete Guterres ein informelles Abendessen mit den zyprischen Volksgruppenführern in New York. Dabei wurde Einigkeit erzielt, multilaterale Gespräche unter Einbeziehung der Garantiemächte über die Aufnahme von Verhandlungen zu führen und mögliche neue Übergänge zwischen beiden Teilen Zyperns zu prüfen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

REPUBLIK ZYPERN

Die Wirtschaft der Republik Zypern ist nach wie vor überwiegend dienstleistungsorientiert. Der Dienstleistungssektor – insbesondere Tourismus, Finanzdienstleistungen und Immobilien – trägt nahezu 80 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Industrie und Landwirtschaft machen 10 bzw. 2 Prozent aus. Nach einem stetigen Wachstum infolge der Finanzkrise von 2013 erlitt die Wirtschaft im Jahr 2020 einen Rückschlag durch die COVID-19-Pandemie, wobei der Tourismus – ein Schlüsselbereich – um über 84 Prozent einbrach. Eine partielle Erholung setzte 2021 ein. Das Wachstum verlangsamte sich 2023 aber auf 2,4 Prozent, was auf eine schwächere Auslandsnachfrage nach Finanzdienstleistungen zurückzuführen war, stieg jedoch 2024 wieder auf 3,4 Prozent. Für 2025 werden 3,2 Prozent prognostiziert.

Die Inflation erreichte 2022 mit 8,1 Prozent ihren Höhepunkt – bedingt durch den Krieg in der Ukraine und pandemiebedingte Lieferengpässe –, ging jedoch 2023 auf 3,9 Prozent und 2024 auf 2,3 Prozent zurück. Auch die strukturelle Inflation ließ nach. Die Arbeitslosenquote sank kontinuierlich und lag 2024 unter 5 Prozent. Öffentliche, private und externe Verschuldungsquoten bleiben zwar hoch, zeigen jedoch eine rückläufige Tendenz. Steigende Zinssätze führten jedoch zu verstärktem finanziellem Druck, insbesondere für private Haushalte.

Sozialindikatoren verzeichnen moderate Verbesserungen: Der Anteil der Bevölkerung, der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist, sank 2024 auf 17,1 Prozent (nach 17,4 % im Jahr 2023), wobei eine anhaltende geschlechterspezifische Kluft besteht – 18,5 Prozent bei Frauen gegenüber 15,6 Prozent bei Männern. Im Jahr 2022 führte die Republik einen nationalen Mindestlohn ein, der 2024 nach Verhandlungen mit den Sozialpartnern moderat angehoben wurde.

NORDZYPERN

In Nordzypern wurde die wirtschaftliche Lage durch hohe Inflation und die anhaltende Abwertung der Türkischen Lira geprägt, was zu einer gravierenden Lebenshaltungskostenkrise führte. Dennoch übertraf die wirtschaftliche Erholung die Erwartungen. Nach einer tiefen Rezession im Jahr 2020 erholte

sich das BIP 2021 moderat, wuchs 2022 um 13,3 Prozent und 2023 um über 5 Prozent. Die Erholung wurde insbesondere vom Dienstleistungssektor getragen – namentlich Handel, Tourismus und Bildung.

Ein wichtiger Faktor war der starke Anstieg der Einreisezahlen aus dem Süden in den Norden, da Bewohner des Südens aufgrund der Währungsabwertung von niedrigeren Preisen im Norden profitierten. Trotz struktureller Schwächen sorgten die intensiveren Interaktionen zwischen beiden Teilen Zyperns sowie die Rückkehr ausländischer Studierender für eine kurzfristige Stabilisierung der türkisch-zyprischen Wirtschaft.

Trotz des anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums in Nordzypern bestehen jedoch erhebliche Herausforderungen, insbesondere für türkisch-zyprische Beschäftigte im privaten Sektor sowie für Migrant_innen im Niedriglohnssektor. Die hohe Inflation bleibt das zentrale Hindernis für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards. Zwar sank die Inflationsrate von ihrem Höchststand von 94,5 Prozent im Jahr 2022 auf 83,6 Prozent im Jahr 2023 und weiter auf 53,3 Prozent im Jahr 2024, doch lag sie weiterhin deutlich über den internationalen Preisstabilitätsgrenzen. Im Gegensatz dazu waren Beschäftigte im öffentlichen Sektor – deren Löhne an die Inflation gekoppelt sind – sowie Personen mit Einkommen in harten Währungen vergleichsweise besser vor diesen Belastungen geschützt.

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2023 um 7,3 Prozent und wird laut Planungsorganisation des Staates für 2024 mit einem Anstieg von 5,4 Prozent prognostiziert. Berichte der Zentralbank belegen eine robuste wirtschaftliche Aktivität, insbesondere durch deutliche Zuwächse bei Beschäftigung, Tourismus und grenzüberschreitender Mobilität.

Ein bemerkenswerter demografischer Wandel trat infolge der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten in harten Währungen ein: Zahlreiche ausländische Einwohner_innen und Studierende verließen das Land. Besonders alarmierend war der drastische Rückgang nigerianischer Studierender – ihre Zahl sank von 12 842 im Jahr 2022 auf nur noch 2 973 im Jahr 2024. Dies wirft Fragen hinsichtlich der langfristigen Tragfähigkeit des Hochschulsektors auf, einem der zentralen Träger der nordzyprischen Wirtschaft.

Die Arbeitsmarktindikatoren zeigen ein gemischtes Bild. Die Zahl der offiziell registrierten Sozialversicherungspflichtigen stieg von etwa 127 000 im Jahr 2022 auf 159 000 im Jahr 2024. Bemerkenswert ist, dass nur 48,1 Prozent der registrierten Beschäftigten Bürger_innen der TRNZ waren, 27,7 Prozent hingegen türkische Staatsangehörige und 24,2 Prozent andere ausländische Staatsangehörige. 7,6 Prozent der Erwerbstätigen waren informell beschäftigt. Die allgemeine Arbeitslosenquote lag bei 5,1 Prozent, während die Jugendarbeitslosigkeit 14,9 Prozent erreichte.

Das Haushaltsdefizit vergrößerte sich drastisch – von 263 Millionen Türkischen Lira (ca. 8,1 Millionen Euro) im Jahr 2023 auf 9,6 Milliarden Türkischen Lira (ca. 260,9 Millionen Euro) im

Jahr 2024. Ohne die finanzielle Unterstützung aus der Türkei deckten die lokal generierten Einnahmen lediglich 74,1 Prozent der Ausgaben im Jahr 2024 – ein Rückgang gegenüber 85,7 Prozent im Vorjahr. Auch die inländische Staatsverschuldung stieg stark an – von 786,2 Millionen Türkischen Lira (ca. 24,1 Millionen Euro) Ende 2023 auf 6,1 Milliarden Türkische Lira (ca. 158 Millionen Euro) Ende 2024.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

REPUBLIK ZYPERN

Die im Jahr 2023 neu gewählte Regierung sah sich anhaltenden sozioökonomischen Herausforderungen gegenüber, die auf die COVID-19-Pandemie, geopolitische Instabilitäten sowie innerstaatliche politische Auseinandersetzungen zurückzuführen waren. Obwohl die wirtschaftliche Aktivität insgesamt widerstandsfähig blieb – teilweise unbeeinflusst von externen Konflikten in der Ukraine und im Nahen Osten –, war der Arbeitsmarkt geprägt durch hohe Inflation, sich wandelnde Lohnpolitiken und zunehmenden Druck auf die soziale Dialogführung.

Ein zentrales Konfliktfeld stellte der umstrittene Mechanismus der Lebenshaltungskostenausgleichszahlung (Cost-of-Living Allowance, COLA) dar. Während deren Anwendung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst gesetzlich vorgeschrieben ist, bleibt sie im privaten Sektor an das Bestehen von Kollektivverträgen gebunden. Auseinandersetzungen über die Relevanz von COLA führten Anfang 2023 zu erheblichen Arbeitskämpfmaßnahmen, darunter ein landesweiter Generalstreik. Eine überarbeitete Vereinbarung im Mai 2023 erhöhte die COLA-Zahlungen von 50 Prozent auf 66,67 Prozent des jährlichen Anstiegs des Verbraucherpreisindex (VPI), gültig bis Juni 2025. Arbeitgeber setzten sich für die Abschaffung des Mechanismus ein und verwiesen auf dessen wirtschaftliche Ineffizienz, während Gewerkschaften auf dessen vollständige Wiedereinführung pochten und weitere Mobilisierungen ankündigten.

Auch das Regelwerk zum gesetzlichen Mindestlohn wurde 2024 überarbeitet. Die monatlichen Mindestlöhne stiegen um 1,7 Prozent (auf 900 € für Neueinsteiger) bzw. um 6,4 Prozent (auf 1 000 € für Beschäftigte mit mindestens 6 Monaten Betriebszugehörigkeit). Forderungen nach der Einführung eines Stundenlohns sowie nach einer umfassenderen Ausweitung des Geltungsbereichs blieben jedoch unerfüllt. Zentrale Beschäftigtengruppen – darunter Haushalts- und Landarbeiter_innen – blieben weiterhin ausgeschlossen und Arbeitgeber konnten nach wie vor Lohnkürzungen für Verpflegung und Unterkunft vornehmen.

Die Spannungen im Zusammenhang mit Drittstaatenangehörigen (Third Country Nationals, TCNs) nahmen ebenfalls zu. Eine im Jahr 2023 umgesetzte Regierungsstrategie – verabschiedet ohne vorherige Einbindung der Sozialpartner – vermochte weder Arbeitgeber zu überzeugen, die eine Liberalisierung der Arbeitskräfterekrutierung forderten, noch Gewerkschaften, die auf die strikte Einhaltung von flächendeckenden Tarifverträgen und gesetzlicher Vorschriften pochten. Das Fehlen eines Konsenses blockierte substanzielle Reformvorhaben.

Gleichzeitig führte die Erneuerung wichtiger flächendeckender Tarifabkommen in Bereichen wie dem Baugewerbe und der Hotellerie zu gewissen Fortschritten. Besonders hervorzuheben ist das Jahr 2024, in dem der längste je verzeichnete Arbeitskampf in der Geschichte Zyperns stattfand: Ein dreitägiger Streik im Transportbetonsektor endete mit signifikanten Zugewinnen für die Beschäftigten. Ein weiterer Meilenstein war der Abschluss des ersten europaweiten Tarifvertrags im Bereich Flottenmanagement, erzielt von Plattformarbeiter_innen (mehrheitlich TCNs), die indirekt für das Unternehmen Wolt tätig sind.

Auch auf legislativer Ebene gab es 2023 wichtige Entwicklungen: Das neue Telearbeitsgesetz führte eine Erstattung von Aufwendungen für Beschäftigte sowie ein »Recht auf Nichterreichbarkeit« ein. Das Gesetz zu transparenten und vorhersehbaren Arbeitsbedingungen erhöhte die Vertragstransparenz und verkürzte Probezeiten. Zudem wurde das Mutterschutzgesetz im Jahr 2024 geändert, um die Urlaubsansprüche zu erweitern. Darüber hinaus ratifizierte Zypern das ILO-Übereinkommen zur Beseitigung von Gewalt und sexueller Belästigung in der Arbeitswelt und verschärfte die Sanktionen gegen nicht deklarierte Beschäftigung.

Trotz der aktiven Rolle des Arbeitsbeirats zur Konfliktprävention bestehen weiterhin ungelöste Problemlagen. Dazu zählen die Zukunft von COLA, eine umfassende Rentenreform, eine verbesserte Regulierung des Mindestlohns, gesetzlicher Schutz des Streikrechts in wesentlichen Dienstleistungen sowie die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens C189 zum Schutz von Hausangestellten. Der soziale Dialog bleibt ein zentrales Instrument zur Förderung von Arbeitsrechten und zur Wahrung des sozialen Friedens.

NORDZYPERN

In den Jahren 2023 und 2024 übernahmen die türkisch-zyprischen Gewerkschaften eine zentrale Rolle in der sozioökonomischen Interessenvertretung – inmitten einer sich verschärfenden Inflation, zunehmender öffentlicher Unzufriedenheit und schwindendem Vertrauen in staatliche Institutionen. Die fünf maßgeblichen Gewerkschaften des öffentlichen Sektors – die Gewerkschaft der türkisch-zyprischen Staatsbediensteten (KTAMS), der Gewerkschaft der türkisch-zyprischen Sekundarschullehrer_innen (KTÖEÖS), der Gewerkschaft der türkisch-zyprischen Grundschullehrer_innen (KTÖS), der Gewerkschaft der türkischen Staatsbediensteten Zyperns (Kamu-Sen) und der Türkisch-zyprische Arbeiter_innengewerkschaft des öffentlichen Dienstes (Kamu-İş) – führten umfangreiche Mobilisierungen an, darunter koordinierte Streiks, Demonstrationen und politische Initiativen, um Löhne zu verteidigen, bessere öffentliche Dienstleistungen zu fordern und gegen Regierungsvorhaben Widerstand zu leisten, die als Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten wahrgenommen wurden. Die Gewerkschaft KTAMS veröffentlichte regelmäßig Daten zur Armutsgrenze, um auf die Unzulänglichkeit der Löhne angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten hinzuweisen.

Die drei Gewerkschaftsdachverbände, insbesondere Hür-İş, beeinflussten zentrale Regierungsentscheidungen – etwa die Erhöhung der Frequenz von Lebenshaltungskostenausgleichs-

zahlungen (COLA) und die Rücknahme geplanter Gesetzesänderungen, die das Tarifverhandlungssystem untergraben hätten. Die Mindestlöhne wurden im Jahr 2024 erstmals seit Jahren gleich dreimal angepasst, was für Beschäftigte im privaten Sektor zwar spürbare, jedoch ungleich verteilte Verbesserungen brachte. Vorschläge der Gewerkschaften für gesetzliche Reformen, um den Mindestlohn direkt an die Inflation zu koppeln und die Zusammensetzung der Mindestlohnkommission zu überarbeiten, fanden hingegen weitgehend keine Berücksichtigung.

Auch sektorspezifische Gewerkschaften waren aktiv. Die Lehrer_innengewerkschaften KTÖS und KTOEÖS setzten den Schwerpunkt auf Schul- und Gebäudesicherheit sowie Bildungsgerechtigkeit. Sie organisierten mehrfach Streiks als Reaktion auf seismische Risiken, unzureichende Infrastruktur und die nicht finanzierte Ausweitung der Ganztagschule. Die Gesundheitsgewerkschaften machten eine sich vertiefende Krise im Gesundheitswesen öffentlich – gekennzeichnet durch Personalengpässe, Medikamentenmangel und Haushaltsunterfinanzierung – und riefen zu Proteststreiks sowie öffentlichen Stellungnahmen auf.

Die Elektrizitätsgewerkschaft El-Sen behielt durch Proteste, gezielte Stromabschaltungen und rechtliche Schritte eine hohe öffentliche Sichtbarkeit. Ihr Widerstand richtete sich gegen mutmaßliche Korruption bei Kib-Tek, Privatisierungsabsichten sowie ungelöste infrastrukturelle und finanzielle Krisen. Umstrittene Personalentscheidungen und Auseinandersetzungen mit der Regierung über ausstehende institutionelle Schulden verschärften die Spannungen zusätzlich. El-Sen sprach sich auch deutlich gegen das Projekt einer Unterwasserstromverbindung zwischen Nordzypern und dem türkischen Stromnetz aus – unter Berufung auf Souveränitäts- und Transparenzbedenken.

Die Gewerkschaften warnten zudem vor Manipulationen staatlicher Inflationsdaten, mangelhafter statistischer Methodologie und einer Erosion institutioneller Unabhängigkeit – insbesondere mit Blick auf das Statistikamt. Diese Problematiken nährten umfassendere politische Kritik, darunter Rücktrittsforderungen an die Regierung sowie Proteste gegen politische Einflussnahme auf das Bildungswesen und die Rechnungsprüfung.

Insgesamt war der Zeitraum durch anhaltenden, sektorübergreifenden gewerkschaftlichen Aktivismus geprägt, der darauf abzielte, die sozioökonomischen Auswirkungen der Inflation abzufedern, autoritären Politiktendenzen entgegenzuwirken und die institutionelle Integrität in Nordzypern zu verteidigen.

GEWERKSCHAFTEN IN ZYPERN – FAKTEN UND ZAHLEN

HISTORISCHE ASPEKTE

REPUBLIK ZYPERN

Im Zuge des Krieges von 1974 erlebte Zypern eine Konsolidierung und Formalisierung seines tripartistischen Systems der

Arbeitsbeziehungen – ein Arrangement zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und dem Staat, das in rudimentärer Form bereits seit der Kolonialzeit bestand. Obwohl rechtlich nicht bindend, stellte das »Grundabkommen« von 1962 die erste formale Ausgestaltung dieses Modells dar und führte ein Rahmenwerk zur Konfliktlösung auf der Grundlage freier Kollektivverhandlungen ein. Dieses wurde 1977 im »Industrial Relations Code« (IRC) weiter kodifiziert – ein Soft-Law-Dokument, das bis heute in Kraft ist, sich an zentralen IAO-Übereinkommen orientiert und Verfahren für Mediation und Schlichtung festlegt.

Ein zentrales Merkmal des zypriotischen Systems ist seine Abhängigkeit von Kollektivverhandlungen, denen im Rahmen des IRC jedoch keine rechtliche Verbindlichkeit zukommt. Der Staat nimmt lediglich eine beratende Rolle ein und greift über den Mediationsdienst des Arbeitsministeriums ein. Es existiert kein Mechanismus zur gesetzlichen Ausweitung von Tarifverträgen auf nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer, und neu eingestellte Beschäftigte werden nicht automatisch durch bestehende Kollektivverträge abgedeckt.

In den 1980er- und 1990er-Jahren beteiligten sich die Gewerkschaften an verschiedenen tripartistischen Gremien und gewannen an Einfluss in bestimmten Politikbereichen, vertraten jedoch häufig konziliatorische Positionen. Ihre Einflussnahme erstreckte sich nicht auf die allgemeine Wirtschaftspolitik. Politisch waren die Gewerkschaften eng mit Parteien verbunden: PEO mit der kommunistischen Progressiven Partei des Werktätigen Volkes (AKEL), SEK mit der rechtskonservativen Demokratischen Sammlung (DISY) und der zentristischen Demokratischen Partei (DIKO), DEOK mit der sozialdemokratischen Vereinigten Demokratischen Zentrumsunion/Sozialistischen Partei (EDEK). Trotz organisatorischen Wachstums fungierten die Gewerkschaften oftmals als verlängerter Arm der jeweiligen politischen Parteien.

Ab den 1990er-Jahren wurde die zypriotische Wirtschaft zunehmend globalisiert: Die Industrie verlor an Bedeutung, während der Dienstleistungssektor – insbesondere nach dem EU-Beitritt 2004 – expandierte. Obwohl die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften stiegen, wuchs die Erwerbsbevölkerung schneller, sodass die gewerkschaftliche Organisationsdichte von etwa 80 Prozent in den 1980er-Jahren auf rund 50 Prozent in den 2010er-Jahren sank. Besonders schwer zu organisieren waren nicht zypriotische Beschäftigte, junge Menschen sowie Angestellte im Dienstleistungssektor. Diese strukturellen Herausforderungen schränkten zusammen mit dem Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit in den letzten Jahren erheblich ein.

NORDZYPERN

Obwohl die Wurzeln der türkisch-zypriotischen Gewerkschaften bis in die 1940er-Jahre zurückverfolgt werden können, spielte die Gewerkschaftsbewegung in der türkisch-zypriotischen Volksgruppe bis 1974 nur eine untergeordnete Rolle, da in dieser Phase des interkommunalen Konflikts rechtsgerichtete Nationalisten die politisch-ökonomische Szene dominierten.

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der Republik Zypern

Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Παγκύπρια Εργατική Ομοσπονδία (ΠΕΟ) (Panzypriotischer Gewerkschaftsbund, PEO)	Vorsitz: Soteroulla Charalambous Stv. Vorsitz: Michalis Papanikolaou	57 912 (2024)	WGB
Συνομοσπονδία Εργαζομένων Κύπρου (ΣΕΚ) (Zypriotischer Arbeiter_innenbund, SEK)	Vorsitz: Andreas Matsas Stv. Vorsitz: Michalis Michael	62 620 (2024)	IGB, EGB
Παγκύπρια συνδικαλιστική οργάνωση δημοσίων υπαλλήλων (ΠΑΣΥΔΥ) (Panzypriotischer Gewerkschaftsverband der öffentlichen Bediensteten, PASYDY)	Vorsitz: Stratis Mathaiou Stv. Vorsitz: Antonis Koutsoullis	22 396 (2024)	EGB, EPSU, PSI

Die ethnischen Spannungen und der Konflikt zwischen den beiden Volksgruppen, die in den 1950er-Jahren begannen, behinderten die wirtschaftliche Modernisierung und die Entwicklung moderner Institutionen, einschließlich der Gewerkschaften. In diesem Zusammenhang markieren die gewaltsame Teilung der Insel im Jahr 1974 und die Gründung eines eigenen türkisch-zypriotischen politischen Gemeinwesens 1975 einen wichtigen Meilenstein. Obwohl die Gründung einiger großer Gewerkschaften wie KTAMS (Gewerkschaft der türkisch-zypriotischen Staatsbediensteten), KTO'S (Gewerkschaft der türkisch-zypriotischen Grundschullehrer_innen) und KTOEO'S (Gewerkschaft der türkisch-zypriotischen Sekundarschullehrer_innen) sowie einer der Föderationen, Türk-Sen (Föderation der türkisch-zypriotischen Gewerkschaften), bereits vor 1974 erfolgte, waren die Umstände in den kleinen Enklaven, in denen türkisch-zypriotische Gemeinden unter Militärherrschaft lebten, für klassenbasierten Gewerkschaftsaktivismus nicht förderlich. Daher gewann die Gewerkschaftsarbeit erst nach 1974 an Dynamik.

In dieser frühen Nach-Konflikt-Periode gab es gleichwohl nur Kleinbetriebe im privaten Sektor und der Staat war der größte Arbeitgeber. Staatliche Wirtschaftsunternehmen waren in den Bereichen Tourismus und Fertigung aktiv, in denen die Betriebsgröße eine Gewerkschaftsbildung begünstigte. Diese Faktoren erklären die Dominanz der Gewerkschaften im öffentlichen Sektor.

Aufgrund der positiven Atmosphäre in der frühen Nach-1974-Periode und inspiriert von der relativen Stärke der Linken in der Türkei verabschiedete das Parlament viele arbeitnehmerfreundliche Gesetze, die die Gewerkschaften (zumindest im öffentlichen Sektor) stärkten. Folglich gab es 1981, als die Gesamtbeschäftigtenzahl etwa 54 000 betrug, rund 20 000 Gewerkschaftsmitglieder. Doch konnte die Mitgliederzahl nicht lange auf diesem Niveau gehalten werden; obwohl die Gesamtbeschäftigtenzahl bis 2001 auf 90 000 anstieg, blieb die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder etwa auf dem gleichen Stand. Im Jahr 2023 lag die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bei etwa 27 000, während die Zahl der bei der Sozialversicherung registrierten Personen rund 141 000 betrug.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

REPUBLIK ZYPERN

Die schrittweise, jedoch substanzielle Ausweitung des öffentlichen Sektors ermöglichte es der zentristisch-konservativen Gewerkschaft SEK, hinsichtlich der Mitgliederzahlen zur PEO aufzuschließen, da sie den Großteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie in den Kommunalverwaltungen organisiert. Parallel dazu konnte auch die Panzyprische Gewerkschaft der Staatsbediensteten (PASYDY), welche die Beamtenschaft unmittelbar vertritt, ihre Position stärken: Sie verzeichnete ein kontinuierliches Wachstum der Mitgliedszahlen und erreichte im Zuge dessen eine Reihe von Lohnanhebungen und zusätzlichen Leistungen zugunsten ihrer Mitglieder.

PASYDY ist offiziell politisch neutral und keiner bestimmten Partei nahe. Da jedoch die Mehrheit ihrer Mitglieder Unterstützer von DIKO und DISY sind, neigt sie politisch in der Praxis häufig zur rechten Mitte. Parteimitglieder und Funktionäre sind sowohl im öffentlichen Dienst als auch innerhalb von PASYDY aktiv – allerdings nicht in Form formalisierter innerorganisatorischer Fraktionen, wie sie etwa in den Lehrgewerkschaften des öffentlichen Sektors bestehen: der Panzypriotischen Organisation griechischer Lehrer (POED), der Organisation griechischer Lehrkräfte der Sekundarstufe (OELMEK) sowie der Organisation technischer Lehrkräfte (OLTEK), welche die Primar-, Sekundar- und Berufsbildung vertreten.

Die Gewerkschaft der Bankangestellten Zyperns (ETYK) ist PASYDY insofern ähnlich, als sie sich ebenfalls keiner politischen Partei formal zuordnet. Sie profitierte erheblich vom starken Wachstum des Bankensektors sowie von ihrer günstigen Position auf dem Arbeitsmarkt und konnte in den 1980er-, 1990er- und 2000er-Jahren bedeutende Lohnerhöhungen, Sozialleistungen und Sonderrechte für ihre Mitglieder durchsetzen.

Die Ausweitung atypischer Beschäftigungsformen im erweiterten öffentlichen Sektor während der 2000er-Jahre und das gleichzeitige Unvermögen sowohl von PASYDY als auch SEK, diese Beschäftigten – trotz gewisser Verbesserungen –

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchengewerkschaften oder Einzelgewerkschaften in der Republik Zypern

Branchenverband/ Gewerkschaft	Dach- verband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mit- glieder	Internationale Mitgliedschaften
Συντεχνία Οικοδόμων, Ξυλουργών, μεταλλωρύχων και γενικών εργατών (Οικοδόμοι) (Gewerkschaft der Bauarbeiter_innen, Zimmerleute, Bergleute und allgemeinen Arbeiterschaft)	PEO	Vorsitz: Michalis Papanikolaou Stv. Vorsitz: Eftihios Papamichael	14 652 (2024)	UITBB
Συντεχνία Ξενοδοχοϋπαλλήλων και Κέντρων Αναψυχής (ΣΥΞΚΑ) (Gewerkschaft der Angestellten in Hotels und Freizeitzentren SYXKA)	PEO	Vorsitz: Lefteris Georgiadis Stv. Vorsitz: Andreas Kombo	13 290 (2024)	TUI-HOTOUR
Ομοσπονδία Σωματείων Ημικρατικών Οργανισμών (ΟΗΟ) (Gewerkschaftsverband der halbstaatlichen Organisationen OIO)	SEK	Vorsitz: Andreas Elia Stv. Vorsitz: Ilias Demetriou	7 264 (2024)	EPSU, PSI
Ομοσπονδία Υπαλλήλων Ξενοδοχείων. Επισιτισμού και Κέντρων Αναψυχής (ΟΥΞΕΚΑ) (Verband der Angestellten im Hotel- und Gastgewerbe und in Freizeitzentren, OIXEKA)	SEK	Vorsitz: Miltiadis Miltiadous Stv. Vorsitz: Georgios Karas	18 667 (2024)	EFFAT, IUF
Ένωση Τραπεζικών Υπαλλήλων Κύπρου (ΕΤΥΚ) (Gewerkschaft der Bankangestellten Zyperns, ΕΤΥΚ)	Independent	Vorsitz: Chatzikostis Loizos Stv. Vorsitz: Christos Konomis	7 443 (2024)	UNI Europa, UNI Global
Παγκύπρια Ομοσπονδία Ανεξάρτητων Συνδικαλιστικών Οργανώσεων (ΠΟΑΣΟ) (Panzypriotische Föderation der unabhängigen Gewerkschaften, POASO)	Independent	Vorsitz: Kostas Ioannou Stv. Vorsitz: Achilleas Charalampous	App. 3 637	WOW

wirksam zu schützen, führten zur Gründung mehrerer kleiner, unabhängiger Gewerkschaften. Die größte unter ihnen, die Anexasiti Sintehnia Dimosion Ypallilon Kyprou (ASDYK, Unabhängige Gewerkschaft der zypriotischen Staatsbediensteten), entstand in den 2010er-Jahren als zweite allgemeine Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. Ebenso traten die Pancyprrianische Vereinigung der Regierungsärzte (PASIKY) und die Pancyprrianische Pflegevereinigung (PASYNO) in Konkurrenz zu PASYDY. Jüngst wurde die Gewerkschaft Pancyprriot Union Equality (ISOTITA) gegründet, um unregelmäßig Beschäftigte sowohl im öffentlichen als auch im halböffentlichen Sektor zu vertreten.

Im Oktober 2020 wurde die 1956 gegründete Panzypriotische Organisation unabhängiger Gewerkschaften (POAS) nach Aufnahme der Gewerkschaften ASDYK und PASYNO in Panzyprriotische Föderation unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen (POASO) umbenannt. Heute gehören POASO 8 Gewerkschaften mit insgesamt etwa 4 000 Mitgliedern an.

In den 2010er-Jahren verzeichneten die großen Gewerkschaften zwar Mitgliederverluste, blieben jedoch die dominieren-

den Akteure, da sich die gewerkschaftliche Landschaft strukturell kaum verändert hatte.

Die gewerkschaftliche Repräsentation variiert erheblich je nach Wirtschaftszweig und Unternehmensgröße. In den Bereichen öffentlicher Dienst, halbstaatliche Unternehmen, Kommunalverwaltungen und Banken bleibt der gewerkschaftliche Organisationsgrad sehr hoch – wenngleich rückläufig –, da die Gewerkschaftsmitgliedschaft traditionell mit der Einstellung quasi automatisch erfolgt(e). Ausnahmen bilden Führungskräfte, leitende Angestellte, Fachkräfte sowie regulär oder projektbezogen befristet Beschäftigte. Weitere Faktoren, die den Rückgang der Mitgliederzahlen beeinflussen, sind der Anstieg unregelmäßiger Beschäftigungsformen, die Zunahme junger Beschäftigter mit aufeinanderfolgenden Zeitverträgen sowie der Austritt einzelner Beschäftigtengruppen aus PASYDY und, in geringerem Ausmaß, auch aus SEK.

Im privaten Sektor zeigt sich der generelle Trend, dass große Unternehmen in der Regel gewerkschaftlich organisiert sind, während kleine Unternehmen überwiegend ohne gewerkschaftliche Vertretung bleiben. Dies trifft beispielsweise auf

Tabelle 3

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Nordzypern

Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Hür İşçi Sendikaları Federasyonu, Hür-İş (Bund der Freien Gewerkschaften)	Vorsitz: Ahmet Serdaroğlu Generalsekretär: Ali Yeltekin	4 460	Keine
Kıbrıs Türk İşçi Sendikaları Federasyonu, Türk-Sen (Türkisch-zypriotischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Arslan Bıçaklı Generalsekretär: Tamay Soysan	1 699	IGB, EGB
Devrimci İşçi Sendikaları Federasyonu, Dev-İş (Föderation der revolutionären Gewerkschaften)	Vorsitz: Semih Kolozali Generalsekretär: Doğukan Akdeniz	1 091	WFTU
Kıbrıs İşçi ve Emekçi Sendikaları Federasyonu, KİEF, (Türkisch-zypriotischer Gewerkschaftsbund der Arbeiter und Angestellten)	Vorsitz: Güven Bengihan Generalsekretär: Rifat Tuğsal	4 530	–

Tabelle 4

Wichtigste Branchen- oder Einzelgewerkschaften im Norden Zyperns

Branchenverband/Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Kıbrıs Türk Öğretmenler Sendikası, KTÖS (Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Grundschullehrer_innen)	Unabhängig	Vorsitz: Mustafa Baybora Generalsekretär: Burak Maviş	1 768	EI, EGBW
Kıbrıs Türk Orta Eğitim Öğretmenler Sendikası, KTOEÖS (Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Sekundarschullehrer_innen)	Unabhängig	Vorsitz: Selma Eylem Generalsekretär: Tahir Gökçebel	3 143	EI, EGBW
Kıbrıs Türk Amme Memurları Sendikası, KTAMS (Türkisch-zypriotische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes)	KİEF	Vorsitz: Güven Bengihan Generalsekretär: Serman Yiğit	3 851	EGÖD (EPSU), İÖD (PSI)
Kıbrıs Türk Kamu Görevlileri Sendikası, Kamu-Sen (Gewerkschaft der türkischen Staatsbediensteten Zyperns)	Unabhängig	Vorsitz: Metin Atan Generalsekretär: Özgür Kıdrışlıoğlu	2 265	Keine
Kamu İşçileri Sendikası, Kamu-İş (Türkisch-zypriotische Arbeiter_innengewerkschaft des öffentlichen Dienstes)	Hür-İş	Vorsitz: Ahmet Serdaroğlu Generalsekretär: Devrim Gündüz	2 893	IEMF
Belediye Emekçileri Sendikası, BES (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten)	Unabhängig	Vorsitz: Mustafa Yalınkaya Generalsekretär: Mithat Arsu	1 842	Keine

die Hotel- und Gastronomiebranche sowie das Baugewerbe zu, in denen die Gewerkschaften traditionell relativ stark sind und branchenspezifische Tarifverträge aushandeln. Allerdings gelingt es einigen großen Arbeitgebern in diesen Branchen, Gewerkschaften aus ihren Betrieben herauszuhalten. Selbst in diesen vergleichsweise großen und dynamischen Branchen – die zusammen mit dem Bankensektor das Rückgrat der Wirtschaft bilden – haben die Gewerkschaften im vergangenen Jahrzehnt zunehmende Schwierigkeiten erlebt.

Während das Baugewerbe in der Krise stark einbrach, erfährt es derzeit eine Erholung. Der Tourismussektor war der einzige, der während der Krise ein kontinuierliches Wachstum verzeichnete, jedoch verhinderten die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Rückkehr zu den vor der Krise geltenden Arbeitsbedingungen. In den letzten Jahren wurden jedoch gewisse Fortschritte sowohl hinsichtlich der Arbeitsbedingungen als auch der gewerkschaftlichen Vertretung erzielt.

Im Transport- und im produzierenden Gewerbe besteht eine moderate gewerkschaftliche Präsenz. Hier koexistieren branchen- und unternehmensbezogene Tarifverträge, die nur einen kleinen Teil der Beschäftigten erfassen, jedoch auch als Referenz für nicht organisierte Betriebe dienen können. Im Einzel- und Dienstleistungshandel ist die gewerkschaftliche Präsenz seit jeher sehr gering. Tarifabkommen sind in diesen Sektoren äußerst selten, und wo sie existieren, beschränken sie sich auf die Unternehmensebene. In Abwesenheit solcher Vereinbarungen bleiben den Gewerkschaften hier lediglich das Arbeitsrecht sowie der Einsatz für einen gesetzlichen Mindestlohn als Instrumente der Interessenvertretung.

In transnational tätigen Unternehmen ist die gewerkschaftliche Organisation noch seltener. Dies ist auf gewerkschaftsfeindliche Unternehmenspolitiken – etwa in Fast-Food-Ketten – sowie auf die in internationalen Dienstleistungsunternehmen vorherrschende individualistische Unternehmenskultur zurückzuführen.

Die formale EU-Definition kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) ist für ein kleines Land wie Zypern analytisch wenig hilfreich, da der überwiegende Teil der Unternehmen in diese Kategorie fällt. Dennoch zeigt sich, dass die gewerkschaftliche Organisation in kleinen, oft familiär geführten Betrieben weitaus schwieriger ist als in mittelgroßen Unternehmen.

NORDZYPERN

Historische und strukturelle Faktoren – etwa die sehr geringe Größe der industriellen Produktion sowie die kleinteilige Struktur privater Unternehmen – erschweren die gewerkschaftliche Organisation im privaten Sektor erheblich. Infolgedessen ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Privatsektor äußerst niedrig. Einer im Jahr 2014 durchgeführten Studie zufolge existierten in 95 Prozent der privatwirtschaftlichen Betriebe keinerlei gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte. Somit entfällt der überwiegende Teil der Gewerkschaftsmitgliedschaften auf den öffentlichen und halbstaatlichen Sektor. Die gewerkschaftliche Dichte ist rückläufig: Während sie im Jahr 2004 noch bei etwa 33,7 Prozent lag, betrug sie 2022 nur noch rund 22 Prozent.

Die gewerkschaftliche Struktur im Norden Zyperns ist stark fragmentiert. Laut dem Gewerkschaftsregister existierten im Jahr 2022 etwa 45 aktive Gewerkschaften. Nach geltendem Recht können sich bereits 20 Personen zusammenschließen, um eine Gewerkschaft zu gründen. Gewerkschaftsaktive betrachten diese gesetzliche Regelung als bewusste Strategie der politischen Entscheidungsträger_innen, um die Bildung größerer, einflussreicherer Gewerkschaften zu behindern – denn in der Praxis ziehen es viele Beschäftigte vor, statt einer bestehenden sektoralen Gewerkschaft beizutreten und gemeinsame Ressourcen zu bündeln, eine eigene neue Gewerkschaft zu gründen und selbst Führungspositionen zu übernehmen.

Bis vor Kurzem wurde die gewerkschaftliche Szene von drei großen Dachverbänden, die hauptsächlich im öffentlichen und halböffentlichen Sektor organisiert sind, sowie von mehreren unabhängigen Gewerkschaften, die im öffentlichen Verwaltungsdienst, im primären und sekundären Bildungsbereich so-

wie im kommunalen Sektor aktiv sind, dominiert. Im Jahr 2024 gründeten KTAMS (Zypern-Türkische Gewerkschaft der Staatsbediensteten) und die Genossenschaftsarbeitergewerkschaft Koop-Sen eine neue Dachorganisation – die Föderation der Gewerkschaften der Arbeiter_innen und Angestellten Zyperns (KİEF). Damit entstand der vierte gewerkschaftliche Dachverband des Landes. Die Gewerkschaftsführungen kündigten an, sich gemeinsam für die Rechte von Arbeitnehmer_innen und Pensionär_innen einzusetzen, und luden weitere Gewerkschaften zur Mitwirkung ein. KİEF hielt seine erste Sitzung am 7. Oktober 2024 ab.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

REPUBLIK ZYPERN

Es bestehen keine gravierenden direkten rechtlichen Hindernisse, die die Handlungsfähigkeit von Gewerkschaften wesentlich einschränken würden. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation sowie das Streikrecht sind sowohl durch die Verfassung als auch durch die arbeitsrechtliche Gesetzgebung geschützt. Darüber hinaus hat das Gewerkschaftsgesetz von 2012 mit dem Titel »Über die Anerkennung von Gewerkschaftsorganisationen und das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung zwecks Anerkennung für Kollektivverhandlungen« die Position der Gewerkschaften gestärkt. Es führte ein Verfahren ein, das es ermöglicht, eine Arbeitgeberverweigerung zur Anerkennung einer Gewerkschaft durch einen Beschluss des Gewerkschaftsregistrars zu überwinden. Zuvor blieb Gewerkschaften in solchen Fällen lediglich die Möglichkeit eines umfassenden Arbeitskampfes, um den Arbeitgeber zum Einlenken zu bewegen. Die hohen Kosten und Risiken solcher Maßnahmen wirkten jedoch oftmals abschreckend.

Mit dem Gesetz von 2012 kann der Gewerkschaftsregistrar auf Antrag der Gewerkschaft eine verpflichtende Anerkennung durch Dekret erlassen, sofern in einem Betrieb mit mehr als 30 Beschäftigten mindestens 50 Prozent der Belegschaft gewerkschaftlich organisiert sind. Liegt die gewerkschaftliche Repräsentation bei mindestens 25 Prozent, kann der Registrar eine geheime Abstimmung auf dem Betriebsgelände – ohne Anwesenheit des Arbeitgebers – anordnen. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist bindend, sofern sich mindestens 40 Prozent der Belegschaft beteiligen und eine einfache Mehrheit erreicht wird. Darüber hinaus gewährt das Gesetz Gewerkschaftsvertreter_innen einen erleichterten Zugang zu Arbeitsplätzen und räumt Vertrauenspersonen zusätzliche Zeit für die Ausübung gewerkschaftlicher Aufgaben ein.

Auch wenn die erweiterten Kompetenzen des Registrars seit 2012 erst viermal praktisch zur Anwendung kamen, hat allein die Existenz dieses gesetzlichen Instruments die gewerkschaftliche Organisation – sowohl etablierter als auch neu gegründeter Gewerkschaften – teilweise erleichtert, da die Voraussetzungen für eine Anerkennung vorab klar definiert und rechtlich abgesichert sind.

Die Republik Zypern hat sämtliche acht Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sowie drei der vier Governance-Übereinkommen ratifiziert; diese sind derzeit in Kraft. Das Übereinkommen über die Arbeitsinspektion in

der Landwirtschaft von 1969 (Nr. 129) bleibt bislang unratifiziert. Von den technischen Übereinkommen wurden 45 von 177 ratifiziert. Insgesamt hat Zypern 58 IAO-Übereinkommen und vier Protokolle ratifiziert: 50 davon sind in Kraft, sechs Übereinkommen und zwei Protokolle wurden gekündigt, vier Instrumente aufgehoben und eines innerhalb der letzten 12 Monate ratifiziert.

NORDZYPERN

Das Recht zur Gründung von Gewerkschaften sowie das Recht auf Kollektivverhandlungen und Streik sind in der Verfassung der Türkischen Republik Nordzypern von 1985 verankert (Artikel 53 und Artikel 54).

Das Gewerkschaftsgesetz wurde 1971 eingeführt und ist seit 1974 nicht mehr novelliert worden. Obwohl eine Aktualisierung dringend erforderlich wäre, zögern die Gewerkschaften, entsprechende Reforminitiativen zu unterstützen, da sie negative Konsequenzen befürchten. Eine ihrer Hauptsorgen betrifft die potenzielle Abschaffung des sogenannten *Check-off-Systems*, bei dem der Arbeitgeber die Gewerkschaftsbeiträge direkt vom Lohn der Beschäftigten einbehält und an die Gewerkschaften überweist – ein Mechanismus, der von rechtsgerichteten Politiker_innen wiederholt infrage gestellt wird, um die organisatorische Stärke der Gewerkschaften zu schwächen.

Im öffentlichen Sektor stellt die gewerkschaftliche Organisation kein Problem dar. Tatsächlich ist der überwiegende Teil der gewerkschaftlich organisierten Erwerbsbevölkerung im öffentlichen oder halbstaatlichen Bereich beschäftigt.

Demgegenüber sind Beschäftigte im privaten Sektor allgemein – und migrantische Arbeitskräfte im Besonderen – häufig prekären Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Auch wenn das Parlament Nordzyperns bislang nur eine begrenzte Zahl von IAO-Übereinkommen ratifiziert hat, wird das Arbeitsgesetz von 1992, das die Arbeitsbeziehungen im Privatsektor regelt, von Gewerkschafter_innen grundsätzlich als angemessen bewertet. Allerdings bestehen gravierende Defizite in der Umsetzung und Durchsetzung dieser Gesetzgebung. So wurden in der Vergangenheit wiederholt Beschäftigte im privaten Sektor nach dem Beitritt zu einer Gewerkschaft entlassen – obwohl dies eindeutig rechtswidrig ist.

Auch bei der Durchsetzung der Arbeitsschutzgesetze bestehen erhebliche Mängel. Besonders im Baugewerbe sind tödliche Arbeitsunfälle keine Seltenheit.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

REPUBLIK ZYPERN

In der Republik Zypern finden Tarifverhandlungen primär auf zwei Ebenen statt: der Branchenebene und der Betriebsebene. Diese Ebenen agieren unabhängig voneinander und ohne formalisierte Koordination. Zwar existieren keine nationalen, branchenübergreifenden oder regionalen Verhandlungen, jedoch entfalten bestimmte zentrale Kollektivverträge sowie arbeitsrechtliche Standards des öffentlichen Sektors informell Einfluss auf andere Vereinbarungen. Branchenverhandlungen

werden in der Regel von den Gewerkschaften PEO und SEK auf Arbeitnehmerseite sowie vom Arbeitgeberverband OEB geführt, während Betriebsvereinbarungen direkt zwischen den Parteien ausgehandelt werden – teils mit Unterstützung von Arbeitgeberverbänden.

Vereinbarungen auf nationaler Ebene existieren zwar, dienen jedoch eher als allgemeine politische Leitlinien denn als rechtlich bindende Instrumente. Die Tarifabdeckung liegt bei etwa 40 Prozent und entspricht damit annähernd der gewerkschaftlichen Organisationsdichte, was auf das Fehlen von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und »Erga-omnes«-Regelungen zurückzuführen ist. Mit dem Rückgang der gewerkschaftlichen Organisationsdichte von 63,4 Prozent im Jahr 2001 auf 43,3 Prozent im Jahr 2016 sank auch die Tarifbindung entsprechend. Obwohl Zypern eine im EU-Vergleich überdurchschnittliche Gewerkschaftsdichte aufweist, liegt die Tarifabdeckung unter dem EU-Durchschnitt.

Der Trend zur Dezentralisierung von Tarifverhandlungen ist Ausdruck breiterer neoliberaler Entwicklungen. Während die Branchenverhandlungen – insbesondere in schrumpfenden Industriezweigen wie der Textil- und Schuhbranche – zurückgingen, nahmen Verhandlungen auf Betriebsebene im wachsenden Dienstleistungssektor zu. Die Finanzkrise beschleunigte diese Entwicklung, etwa im Bankensektor, wo betriebliche Vereinbarungen die branchenweiten Verhandlungen ersetzten, nachdem der zuständige Arbeitgeberverband im Jahr 2015 aufgelöst wurde.

Die gewerkschaftliche Einflussnahme wird durch fragmentierte Beschäftigungsstrukturen und arbeitgeberseitigen Widerstand erschwert. Das Arbeitsministerium tritt häufig als Vermittlungsinstanz in Konfliktfällen auf – oft ausgelöst durch unterschiedliche Auslegungen veralteter Tarifverträge. Der Industrial Relations Code (IRC) regelt das freiwillige Mediations- und Schlichtungsverfahren im privaten und halböffentlichen Sektor, während für den öffentlichen Sektor separate Verfahren gelten.

Seit 2011 wurde der soziale Dialog durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie das Memorandum of Understanding mit der Troika erheblich geschwächt, da politische Entscheidungen zunehmend ohne gewerkschaftliche Konsultation getroffen wurden. Ab 2019 gab es zwar erste Ansätze zur Wiederbelebung des sozialen Dialogs, jedoch blieb die gewerkschaftliche Aktivität während der COVID-19-Pandemie weitgehend gedämpft. Einige Arbeitgeber nutzten die Krise zur Einschränkung von Rechten, während die Angst vor Arbeitslosigkeit den Widerstand der Beschäftigten schwächte. Das Arbeitsministerium übernahm eine zentrale Rolle in der Wahrung des sozialen Friedens durch Vermittlungsarbeit.

Die industriellen Beziehungen erlebten in den Jahren 2023 und 2024 erneute Turbulenzen: Zyperns erster Generalstreik im Zusammenhang mit der Lebenshaltungskostenpauschale (COLA), ein bedeutender Arbeitskonflikt im Niedriglohnbereich des öffentlichen Dienstes sowie der längste Streik in der Geschichte des Landes im Bereich Transportbeton markieren zentrale Auseinandersetzungen dieser Periode.

NORDZYPERN

Wie bereits erwähnt, sind Gewerkschaften nahezu ausschließlich im öffentlichen und halböffentlichen Sektor organisiert, in dem verschiedene Mechanismen des sozialen Dialogs existieren. Einige dieser Mechanismen funktionieren relativ gut, andere nur dann, wenn die Regierung dazu bereit ist, und wiederum andere existieren lediglich auf dem Papier. In den vergangenen zehn Jahren ist eine allgemeine Verschlechterung der Funktionsweise dieser Mechanismen zu beobachten. Dies ist maßgeblich auf die Wirtschaftsprotokolle zurückzuführen, die zwischen der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ) und Ankara unterzeichnet wurden und Sparmaßnahmen vorsehen. In einem Kontext, in dem der Staat nach wie vor der größte Arbeitgeber ist, wirft insbesondere das Finanzministerium einen langen Schatten auf die Mechanismen des sozialen Dialogs – vor allem, wenn es um Verhandlungen über materielle Leistungen für die arbeitende Bevölkerung geht. Darüber hinaus zeigt sich die Regierung zurückhaltend gegenüber Maßnahmen, die ihren Handlungsspielraum im Verhältnis zu anderen sozialen Akteuren einschränken könnten. Sie neigt daher entweder dazu, ihre Verantwortung als Akteur im sozialen Dialog zu ignorieren – auch unter Missachtung gesetzlicher Vorschriften – oder sie unterlässt es, entsprechende Strukturen funktionsfähig zu gestalten.

Obwohl öffentlich Beschäftigte grundsätzlich das Recht auf Tarifverhandlungen haben, besitzen sie kein Recht, Kollektivverträge zu unterzeichnen. Dieses Privileg bleibt einer kleinen Gruppe vorbehalten, die hauptsächlich aus manuellen Arbeitskräften im öffentlichen und halböffentlichen Sektor besteht. Die umfassendste Kollektivvereinbarung wird zwischen dem Finanzministerium und der Gewerkschaft Kamu-İş ausgehandelt, welche die manuellen Arbeitskräfte im öffentlichen Sektor vertritt. Ansonsten sind Tarifverhandlungen stark dezentralisiert und finden ausschließlich auf betrieblicher Ebene statt.

Angestellte im öffentlichen Dienst unterliegen hingegen einem gesonderten Mechanismus der Tarifverhandlungen, den sogenannten »Protokollverhandlungen«. Diese werden zwischen dem Finanzministerium und den zwei Gewerkschaften der Angestellten in der öffentlichen Verwaltung sowie den Gewerkschaften der Lehrkräfte und des Gesundheitswesens geführt. Dieser Mechanismus hat jedoch zunehmend an Bedeutung verloren: Seit 2007 wurde kein einziges Protokoll mehr unterzeichnet, und in einigen Jahren versäumte es das Finanzministerium sogar, ein Treffen anzuberaumen, obwohl ein solches gemäß Gesetz jährlich stattfinden müsste.

Wie bereits dargelegt, sind gewerkschaftliche Organisation und Tarifverhandlungen im Privatsektor äußerst selten. Der einzige Mechanismus des sozialen Dialogs, der sich auf Beschäftigte im privaten Sektor bezieht, ist die Kommission zur Festsetzung des gesetzlichen Mindestlohns. Diese setzt sich aus fünf Vertreterinnen des Arbeitgeberverbands, fünf Vertreterinnen des derzeit größten Gewerkschaftsverbands (aktuell Hür-İş) sowie fünf Regierungsvertreter_innen zusammen. Die Kommission tritt mindestens einmal jährlich zur Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns zusammen; in den letzten Jahren wurde sie jedoch jeweils zweimal jährlich einberufen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

REPUBLIK ZYPERN

Trotz des Rückgangs der gewerkschaftlichen Organisationsdichte und des gewerkschaftlichen Einflusses hat das System der flächendeckenden Tarifverhandlungen in Zypern die Wirtschafts- und Finanzkrise vergleichsweise unbeschadet überstanden – anders als in anderen südeuropäischen Ländern. Dennoch stellen die Zunahme prekärer Beschäftigungsformen, sinkende Lebensstandards und Unterbeschäftigung nach wie vor zentrale Herausforderungen dar. Der Versuch der beiden großen Gewerkschaften PEO und SEK, im Jahr 2012 einen Mechanismus zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung von flächendeckenden Tarifverträgen einzuführen, scheiterte am Widerstand der Arbeitgeberseite. Dennoch bleiben für die Gewerkschaften Kollektivverträge nach wie vor prioritär gegenüber rein gesetzlicher Regulierung.

In den Jahren 2023 bis 2024 gelang es den Gewerkschaften, mehrere Branchenvereinbarungen erfolgreich zu erneuern – insbesondere im Bau- und Tourismussektor – und Reformen im Bereich des gesetzlichen Mindestlohns voranzutreiben, darunter die Wiedereinführung der Lebenshaltungskostenausgleichs (COLA) sowie die Abschaffung von Ausnahmeregelungen. Die Kapazitäten der Arbeitsaufsicht wurden 2024 durch gesetzgeberische Maßnahmen zur Bekämpfung informeller Beschäftigung gestärkt, unter anderem durch höhere Bußgelder und die Einführung eines digitalen Beschäftigtenregisters.

Das öffentliche Vertrauen in die Gewerkschaften erlitt infolge der Finanzkrise, der Sparmaßnahmen und parteipolitischer Verflechtungen erhebliche Einbußen, was sich in sinkenden Mitgliederzahlen und einem Verlust institutioneller Glaubwürdigkeit niederschlug. Dennoch sind bislang keine alternativen Akteure hervorgetreten, die die Interessen der Arbeitnehmenden in vergleichbarer Weise vertreten könnten. Gewerkschaften bleiben daher die primären Träger arbeitsmarktbezogener Interessenvertretung.

Aktuell sehen sich die Gewerkschaften mit abnehmendem politischem Einfluss und zunehmend konfrontativem Verhalten seitens der Arbeitgeber konfrontiert, was die Verteidigung von Arbeitnehmer_innenrechten – insbesondere für vulnerable Gruppen – erschwert. Ihr zentrales Ziel, die Kollektivverhandlung als grundlegenden Regulierungsmechanismus des Arbeitsmarktes zu erhalten, bleibt jedoch unverändert. In Anerkennung ihres geschwächten Verhandlungspotenzials befürworten PEO und SEK mittlerweile auch eine stärkere gesetzliche Mindestabsicherung von Rechten und Löhnen.

Die Abdeckung durch Kollektivverträge geht weiterhin zurück, begleitet von vermehrten Verletzungen bestehender Vereinbarungen und einseitigen Änderungen durch Arbeitgeber. Dennoch konnten die zyprischen Gewerkschaften in internationalen Rankings bemerkenswerte Positionen halten. Im Jahr 2024 verzeichnete PEO die höchste Zahl an Neumitgliedern seit 2010: 228 Betriebe wurden gewerkschaftlich organisiert – das beste Ergebnis seit 15 Jahren.

Obwohl die gesellschaftliche Akzeptanz der Gewerkschaften rückläufig ist, wächst die Dynamik für gesetzgeberische Fortschritte, insbesondere im Hinblick auf die Ausweitung von Kollektivverträgen gemäß der EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne, die Reform der COLA sowie die Stärkung des Mindestlohnrahmens. Die zyprischen Gewerkschaften bleiben auf europäischer und internationaler Ebene aktiv: PEO ist eng mit dem Weltgewerkschaftsbund (WFTU) verbunden, während SEK enge Beziehungen zum Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) unterhält.

NORDZYPERN

Die Gewerkschaften in Nordzypern orientieren sich im Allgemeinen entlang ideologischer Linien an politischen Parteien, wenngleich keine formalen Verbindungen bestehen. Sie haben sich in der Vergangenheit als effektive Akteure bei der Mobilisierung von Massenprotesten zu zentralen politischen Fragestellungen erwiesen – insbesondere durch ihre bedeutende Rolle bei der Unterstützung der Wiedervereinigung der Insel und des EU-Beitritts zwischen 2002 und 2004. Zwar wurde die Wiedervereinigung im Referendum von 2004 von der griechisch-zyprischen Bevölkerung abgelehnt, jedoch trat die Insel dennoch der Europäischen Union bei. In der Folge gelangten im Norden pro-wiedervereinigungsorientierte Parteien an die Macht, die zwischen 2005 und 2020 mehrere Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden konnten.

Dennoch blieb der Einfluss der Gewerkschaften auf die wirtschaftspolitische Entscheidungsfindung historisch begrenzt – eine Tendenz, die sich in den vergangenen 15 Jahren mit der zunehmenden Kontrolle Ankaras über wirtschaftliche Protokolle mit der TRNZ-Regierung weiter verschärfte. Die sogenannte »Gewerkschaftsplattform« konnte in den Jahren von 2010 bis 2011 kurzzeitig erheblichen Widerstand gegen die Austeritätspolitik mobilisieren; die Proteste blieben jedoch ohne politische Wirkung.

Einen seltenen Erfolg verzeichneten die Gewerkschaften im Jahr 2018, als das Arbeitsministerium ein Anreizsystem zur Förderung gewerkschaftlicher Organisation in den privaten Medien einführte. Der Staat übernahm dabei die Beiträge zur Sozialversicherung und zum Pensionsfonds für Beschäftigte, die unter einen Kollektivvertrag fielen – finanziert durch ein gesondertes Programm zur Beschäftigungsförderung für TRNZ-Staatsangehörige. Dies führte zu einem Anstieg der gewerkschaftlichen Organisation im Mediensektor, wenngleich weiterhin Probleme bestehen. So gründete die größte Mediengruppe »Kibris« eine betriebsinterne Gewerkschaft (Kibris-Sen), was die sektorweite gewerkschaftliche Solidarität untergrub.

Pläne zur Ausweitung des Förderprogramms auf andere Sektoren kamen nach dem Zerfall der vier Parteien umfassenden, eher linksgerichteten, Koalitionsregierung im Jahr 2019 zum Erliegen. Der Aufstieg rechtsgerichteter Koalitionsregierungen ab 2020, dominiert von UBP, DP und YDP, schwächte den gewerkschaftlichen Einfluss zusätzlich.

Das öffentliche Vertrauen in Gewerkschaften bleibt gering. Eine Umfrage des CMIRS vom März 2023 bewertete das Ver-

trauen in Gewerkschaften mit 2,11 von 5 Punkten – ein Wert, der bis Dezember 2024 leicht auf 2,27 anstieg. Das Vertrauen in Regierung und Parlament lag sogar noch niedriger, während Justiz und Polizei die höchsten Vertrauenswerte erzielten. Dies verweist auf ein allgemein niedriges institutionelles Vertrauen in der TRNZ.

Hubert Faustmann, Professor für Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Nikosia und Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zypern

Stavros Stavrou, Master of Arts in Industrie- und Arbeitsbeziehungen

Sertac Sonan, Professor für Politikwissenschaft, Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Cyprus International University sowie Direktor des Zentrums für Wirtschafts- und Sozialpolitikforschung (ESPA)

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Europäische Union und Nordamerika (EUN)
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Henrik Meyer, Referatsleiter EUN
FES-EUN@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.